

Unterlage für ein Pressegespräch von Generalsekretär
Dr. Erich Pramböck am 18. September 2002

Volkszählung 2001 - massive Auswirkungen auf Gemeinden
Werden städtische Leistungen unfinanzierbar?

Die Statistik Österreich hat am 16. September die endgültigen Daten der Volkszählung 2001 bekannt gegeben. Österreichs Einwohnerzahl beträgt 8.032.557 Personen, das ist um 236.771 Menschen oder 3,0 % mehr als 1991. Mit diesem Ergebnis hat sich die Tendenz der wachsenden Bevölkerungszahl unseres Landes weiterhin fortgesetzt. Auch zwischen 1981 und 1991 ist die Einwohnerzahl um rund 240.000 Personen gestiegen. Fortgesetzt hat sich auch die Tendenz, dass Westösterreich (Salzburg, Tirol und Vorarlberg) mit rund 6 % Bevölkerungszunahme überdurchschnittlich wächst. Als einziges Bundesland verzeichnet wiederum die Steiermark eine - wenngleich sehr geringe - Bevölkerungsabnahme (-0,1 %).

Verstärkter Suburbanisierungsprozess

Besonders auffallend ist an dieser Volkszählung das massive Bevölkerungswachstum im engeren und weiteren Umland der großen Städte. Noch fehlen statistische Auswertungen für städtische Kernräume, stadtnahes Umland sowie Außenzonen, doch lassen sich allein anhand der vorliegenden Bezirksdaten bereits gravierende Bevölkerungsverschiebungen im Jahrzehnt zwischen 1991 und 2001 (in Klammern die Werte zwischen 1981 und 1991) aufzeigen:

Graz (Stadt)	-4,9 % (-2,2 %)	Graz-Umgebung	+11,2 % (+11,0 %)
Innsbruck (Stadt)	-4,0 % (+0,7 %)	Innsbruck-Land	+ 9,6 % (+12,8 %)
Klagenfurt (Stadt)	+0,8 % (+2,4 %)	Klagenfurt-Land	+ 6,7 % (+ 6,7 %)
Linz (Stadt)	-9,8 % (+1,6 %)	Linz-Land	+ 8,1 % (+ 9,3 %)
Salzburg (Stadt)	-0,9 % (+3,3 %)	Salzburg-Umgebung	+14,4 % (+19,7 %)

Österreichs Siedlungspolitik ist zu hinterfragen

Wenngleich der Trend zur Suburbanisierung – allein aufgrund des zunehmenden Flächenbedarfs der Bevölkerung durch den Wohlstandszuwachs – generell zu beobachten ist, ist diese Entwicklung im Hinblick auf das Ausmaß und die vielfachen Konsequenzen doch zu hinterfragen.

Der Suburbanisierungsprozess hat bereits große Teile von Österreich erfasst, wie auf der von der Statistik Österreich erstellten Karte über die Bevölkerungsentwicklung zu ersehen ist. Nur einige grenznahe Gebiete, inneralpine Bereiche und einige Altindustriestandorte (Obersteiermark und Eisenwurzen) sind davon ausgenommen.

Die großflächige Siedlungstätigkeit stellt nicht nur einen erheblichen Landschaftsverbrauch dar, sondern erfordert gewaltige Infrastrukturinvestitionen in die flächenhafte Erschließung unseres Landes.

Mit der Suburbanisierung verschärft sich grundsätzlich das Verkehrsproblem, wobei besonders nachteilig ist, dass in den letzten Jahren keine verstärkte Förderung des Nah- und Regionalverkehrs festzustellen ist. Im Gegenteil: der Bund zieht sich sogar aus den Verkehrsverbänden zurück.

Gleichzeitig verlieren die Kernstädte aufgrund des derzeitigen Finanzausgleichs, der im wesentlichen auf die Einwohnerzahl abstellt, erhebliche Finanzmittel. Diese benötigen sie aber, um die vielfältigen zentralörtlichen Einrichtungen zu finanzieren,

die nicht nur von den Bürgern der eigenen Gemeinde, sondern auch von allen in der Region wohnenden Menschen in Anspruch genommen werden. Dazu zählen z.B. Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, städtische Nahverkehrseinrichtungen, höhere Schulen sowie Kultur- und Sporteinrichtungen. Eine vor kurzem fertig gestellte Studie des Instituts für Infrastrukturpolitik an der Technischen Universität Wien beziffert den Anteil der Ausgaben der Städte für zentralörtliche Einrichtungen mit 20 % ihres Budgets.

Während die gesamte Einwohnerzahl eines Ballungsraumes im Allgemeinen steigt, sinkt die Finanzierungskraft der Kernstadt und damit die Fähigkeit, hochwertige Infrastrukturleistungen anzubieten. Dies muss sich langfristig nachteilig auf das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand Gesamtösterreichs auswirken, da die Kernstädte, die die Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung sind, mehr als 30 % der österreichischen Bevölkerung ausmachen.

Gleichzeitig spiegelt sich in der Siedlungsentwicklung auch die massive Förderungspolitik des Bundes und der Länder zugunsten des ländlichen Raumes wider.

Im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft erfolgt z.B. ein massiver Ausbau der Kanalanschlüsse, wobei zu den Investitionen bis zu 60 % an Zuschüssen gegeben werden und den ländlichen Gemeinden auch ein 30 %iger Einwohnerzuwachs - der überwiegend zu Lasten der Kernstädte erfolgt - mitfinanziert wird. Die Städte müssen sich dagegen ihre Infrastruktur fast zur Gänze selbst finanzieren.

Langfristig muss sich eine fortgesetzte Zersiedlungsförderung Österreichs in einem wesentlichen Anstieg der Infrastrukturkosten niederschlagen. Eine vor kurzem durchgeführte Studie der Österreichischen Raumordnungskonferenz

zeigt auf, dass etwa die Versorgung älterer Menschen in Streulagen bis zum 10-fachen der Versorgung in den Städten kostet.

Städtebund fordert Überprüfung der Zersiedelungsursachen

Der Österreichische Städtebund fordert eine eingehende Analyse der Volkszählungsdaten und vor allem eine Überprüfung der bestehenden Förderungspolitiken des Bundes und der Länder, um eine weitere Schwächung der Wachstumsmotoren der Region, nämlich der Kernstädte, hintanzuhalten. Insbesondere ist auch die Raumordnungspolitik der Länder kritisch zu prüfen.

Gerechter Lastenausgleich Städte/Umland

Da auch in nächster Zeit mit einem gewissen Rückgang der Einwohnerzahlen in den Städten zu rechnen ist, die Finanzierung der zentralörtlichen Einrichtungen jedoch gesichert werden muss, wenn nicht erhebliche Leistungsdefizite für Bevölkerung und Wirtschaft in Kauf genommen werden sollen, ist die Finanzierung dieser Einrichtungen umzustellen. Dabei sollen

- * entweder die Bundesländer Finanzierungsanteile für zentralörtliche Einrichtungen übernehmen,
- * die Umlandgemeinden bei Investitionen und Betriebskosten mitzahlen oder
- * der Verteilungsschlüssel für die Steuern geändert werden.

Denkbar wäre auch, bei der Verteilung der Steuermittel von der bisher verwendeten Einwohnerzahl auf das örtliche Aufkommen an Steuern (Kommunalsteuer, Grundsteuer) umzusteigen. Damit würde auch der Streit um Hauptwohnsitze der Vergangenheit angehören.